

Fragen

für die Fragestunde der 70. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Dezember 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 33	Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	31, 53
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 43	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	26, 52
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 48
Brandner, Stephan (AfD)	20, 21	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 30
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 66
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 41	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Luksic, Oliver (FDP)	4, 34
Ferschl, Susanne (DIE LINKE.)	46, 47	Müller, Sepp (CDU/CSU)	1, 2
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 65	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 27
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68	Reuther, Bernd (FDP)	54, 62
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	32, 57	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Herbst, Torsten (FDP)	19, 42	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	11, 12

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	50, 51
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	58, 59		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung*Seite*

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

1. Abgeordneter
Sepp Müller
(CDU/CSU)
Plant das Umweltbundesamt (UBA) an seinem Dienstsitz in Dessau anlässlich des 100-jährigen Bauhaus-Jubiläums im nächsten Jahr 2019 zusätzliche Veranstaltungen, und wenn ja, welche?
2. Abgeordneter
Sepp Müller
(CDU/CSU)
Gibt es Projekte aus dem Bereich des UBA in Bezug auf Nachhaltigkeit, Ökologie und Mobilität, u. a., mit denen sich das UBA an dem Bauhaus-Jubiläum aktiv vor Ort beteiligt?
3. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Beginn einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Verlängerung des Tagebaus Turow (Polen) unweit der deutschen Grenze vor (bitte inklusive Angabe des Zeitplans), und wird sich die Bundesregierung mit einer eigenen Stellungnahme vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf Deutschland beteiligen (bitte begründen)?
4. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze und dem Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Jochen Flasbarth, dass eine Erhöhung der steuerlichen Abgaben auf Heizöl sowie Benzin- und Dieselmotortreibstoffe zum Einsparen von CO₂ nötig sei (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/co2-steuer-geplant-benzin-und-heizuel-sollen-spuerbar-teurer-werden-58315312.bild.html)?

5. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Beitrag zur Treibhausgasminderung muss nach Ansicht des Bundesumweltministeriums der Sektor Gebäude für das Klimaschutzziel 2030 leisten, und welche konkreten Anforderungen stellt dies an die Vorgaben (insbesondere Mindeststandards für Neubau und Bestand) des geplanten Gebäudeenergiegesetzes (vgl. www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-Klimapolitik/)?
6. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen konkreten politischen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Jahr 2019, um dem Klimaschutzziel für 2020 möglichst nahe zu kommen (bitte nach Instrumententyp und jeweiliger prognostizierter Treibhausgasminderung durch die Maßnahme pro Jahr aufschlüsseln)?
7. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat sich die Bundesregierung bei den zuständigen Stellen in Slowenien seit Anfang 2016 darum bemüht, belastbare Erkenntnisse über eine mögliche stärkere Erdbebengefährdung am slowenischen Atomkraftwerksstandort Krško zu erlangen (vgl. hierzu Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 18/9341, in der die letzten betreffenden Erkenntnisse aus dem Jahr 2004 stammen, sowie den im Auftrag der österreichischen Bundesregierung erstellten Bericht über einen betreffenden Workshop vom 7. April 2016 in Klagenfurt, www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0612.pdf), und ggf. welche über den ihr zum Zeitpunkt ihrer oben genannten Antwort bekannten Sachstand hinausgehenden, aktuelleren Erkenntnisse liegen ihr mittlerweile zur tatsächlichen Erdbebengefährdung am Atomkraftwerksstandort Krško vor?
8. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Brand am 6. Dezember 2018 in einem Labor im nuklearen Bereich der Anlage der Brennelementefabrik Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) in Lingen (Niedersachsen) in der Nachbarschaft des Kernkraftwerks Emsland (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Feuer-in-Brennelemente-Fabrik-Ursache-unklar.lingen646).

html), insbesondere zu den durchgeführten Messungen von Schadstoffen und Radioaktivität, und plant die Bundesregierung, eine Stilllegung der Brennelementefabrik zu veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

9. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern überprüft die Bundesregierung ihre bildungs- und wissenschaftspolitische Kooperation mit Ungarn vor dem Hintergrund des erzwungenen Umzugs der Central European University (CEU) von Budapest nach Wien (dpa vom 3. Dezember 2018), und hält sie an der Einschätzung fest, dass Ungarn „[d]er Wissenschaftsmotor in der Mitte Europas“ ist (siehe www.bmbf.de/de/ungarn-der-wissenschaftsmotor-in-der-mitte-europas-295.html) angesichts der Tatsache, dass die Wissenschaftsfreiheit in Ungarn von der Regierung Victor Orbans massiv eingeschränkt worden ist – sichtbareste Zeichen sind nicht nur das Aus der CEU in Budapest, sondern auch die erzwungene Schließung von Lehrstühlen der Geschlechterforschung (dpa vom 16. Oktober 2018)?
10. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek inzwischen den Forschungsstand zur Kenntnis genommen, dass nicht die Familienstrukturen per se (Ein-Elternteil vs. Elternpaare; gleichgeschlechtlich vs. verschiedengeschlechtlich) entscheidend für die Entwicklung von Kindern sind, sondern die Prozesse innerhalb der Familie (siehe www.bpb.de/gesellschaft/gender/homosexualitaet/269064/regenbogenfamilien), und hält die Bundesministerin an ihrer Einschätzung fest: „Es gibt keine Langzeitstudien zu den Auswirkungen auf Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften“ (siehe <https://anja-karliczek.de/ich-habe-gegen-die-ehe-fur-alle-gestimmt/>)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

11. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Zu welchen zentralen Erkenntnissen bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten, Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards im Kobaltabbau in der Demokratischen Republik Kongo kam die Machbarkeitsstudie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH zusammen mit der BMW Group (www.giz.de/de/presse/72347.html), und inwiefern gedenkt die GIZ dem Deutschen Bundestag bzw. der Öffentlichkeit über die Erfolge, Herausforderungen und Probleme bei dem geplanten Pilotprojekt zu berichten?
12. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Welche Kooperationen zwischen der Bundesregierung und AGRA (A green revolution for Africa) sind für die nächsten Jahre geplant, vor dem Hintergrund, dass Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bei einem Workshop mit dem AGRA-Board in Berlin Anfang Dezember 2018 (<https://agra.org/event/agra-board-meeting/>) laut Informationen von Teilnehmern AGRA als wichtigen Partner der eigenen Politik im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung präsentiert hat, und inwiefern sind nach Auffassung der Bundesregierungen die Versuche von AGRA, die Saatgutgesetzgebung der Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft in Richtung einer konzernfreundlichen Saatgutgesetzgebung zu verändern (siehe www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/11/Hintergrundpapier_AGRA_Unheilvolle-Allianzpdf.pdf, S. 3 bis 4), ein guter Beitrag für die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung dieser Region?
13. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der empfohlenen Verbesserungen bzw. Änderungen aus dem internen Qualitätskontrollbericht für das BMZ, über den ein Artikel in der „taz“ berichtete (www.taz.de/!5547350/) gedenkt die Bundesregierung umzusetzen (bitte konkrete Umsetzungsziele angeben), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die im Artikel angesprochene Problematik des Whistleblower-Schutzes bzw. der drohenden Konsequenzen

für Hinweisgeberinnen und -geber (sowohl aus den Projekten vor Ort, als auch in der GIZ sowie in den Gutachterbüros) zu verbessern?

14. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab wann und in welcher konkreten Form wird der geplante Hinweisgebermechanismus der GIZ freigeschaltet?
15. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um die im internen, durch das BMZ beauftragten, Qualitätskontrollbericht zur Überprüfung der Mittelverwendung in Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, namentlich der GIZ, benannten Mängel und Missstände hinsichtlich fehlender Transparenz, dem Verbleib eingesetzter Projektmittel und möglicher Korruption auf Auftragnehmerseite in den Projektländern sowie die ebenfalls erwähnte mangelhafte Kooperation und Koordination zwischen unterschiedlichen Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern (www.taz.de/!5547350/), und plant die Bundesregierung, diesen internen Bericht dem Parlament zugänglich zu machen, um die bestehenden Missstände transparent und konstruktiv aufzuarbeiten?
16. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Handelt es sich beim Vorschlag des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller, die Konferenzen der UN-Klimarahmenkonvention nur noch alle zwei Jahre statt wie bisher jährlich abzuhalten (www.tagesspiegel.de/politik/bundesentwicklungsminister-gerd-mueller-will-un-klimakonferenzen-nur-noch-alle-zwei-jahre/23713858.html), um eine Einzelmeinung, oder ist dies Position der Bundesregierung?
17. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben die beiden Vertreter der Bundesregierung im Board des Green Climate Fund zum Antrag des Staates Bahrain auf Finanzhilfe für ein Projekt, das die Wasserversorgung Bahhrains von der kontinuierlichen Weiterführung der Öl- und Gasbohrungen abhängig macht (www.welt.de/wirtschaft/article184959162/Green-Climate-Fund-China-bedient-sich-am-Klimafonds-fuer-arme-

Länder.html), abgestimmt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um künftig strenger auf die Einhaltung der Vergabekriterien im Rahmen des Green Climate Fund, der auch durch deutsche Steuergelder mitfinanziert wird (Einzelplan 23), zu achten?

18. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung sich im Rat der EU bereits dafür ausgesprochen, Handelsschranken für nicht fair produzierte Produkte einzuführen, wie vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller gefordert (www.sueddeutsche.de/politik/entwicklungsminister-mueller-keine-ausbeutung-von-mensch-und-natur-akzeptieren-1.4221855-2), und falls nein, wann wird die Bundesregierung einen entsprechenden Vorschlag einbringen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

19. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Warum ist der Freistaat Sachsen beim Sonderinvestitionsprogramm „Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“ im Entwurf des Haushaltsplans (Einzelplan 04 Kapitel 0452 Titel 892 21) nicht berücksichtigt worden, und hat sich die sächsische Landesregierung nach Kenntnis der Bundesregierung für eine Berücksichtigung sächsischer Schlösser und Gärten im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms eingesetzt?

20. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie viele Umfragen hat die Bundesregierung selbst oder über ihre nachgelagerten Behörden und Bundesministerien seit 2005 pro Jahr in Auftrag gegeben, und wie viele davon sind jeweils Umfragen zu den Zustimmungswerten politischer Parteien (sog. Sonntagsfrage)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Kosten entstanden der öffentlichen Hand (Bundes- und nach Kenntnis Landeshaushalte) im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan im September 2018 (bitte Positionen einzeln auflisten, insbesondere Polizeieinsätze, Übernachtung, Sicherheitsanforderungen etc.)?
22. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung einen konkreten Vorschlag zur Beendigung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieterinnen und Mieter vorlegen, und wie soll dieser aussehen?
23. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Verfassungsfestigkeit der beiden von Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz vorgelegten Vorschläge zur Reform der Grundsteuer jeweils, und wie begründet sie ihre Einschätzung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

24. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Ergebnis hat die Beteiligung weiterer Ressorts über das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hinaus hinsichtlich des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 12. April 2018 (2003/86), wonach ein Visum auf Familiennachzug zu unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen auch dann zu erteilen ist, wenn der Flüchtling während des Verfahrens volljährig geworden ist, erbracht, und welche weiteren Ressorts waren beteiligt?

25. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die eingereisten Angehörigen zu subsidiär Schutzberechtigten auf die einzelnen Bundesländer seit Inkrafttreten des § 36a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)?
26. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen wurden oder werden im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Hinblick auf die Ersuchens- und Überstellungspraxis nach Italien daraus gezogen, dass inzwischen das sogenannte Salvini-Dekret vom italienischen Parlament bestätigt wurde, das unter anderem eine kommunale Unterbringung in SPRAR-Einrichtungen nur noch bei Schutzberechtigten und unbegleiteten Minderjährigen vorsieht (vgl. www.tagesschau.de/ausland/italien-einwanderungsgesetz-101.html und Plenarprotokoll 19/60, S. 6773, Mündliche Frage 51; bitte auch mit konkreten Zahlen unterlegen), und inwieweit folgt die Bundesregierung der Argumentation des Verwaltungsgerichts Arnberg, das hierauf bezogen mit Beschluss vom 29. November 2018 (5 L 1813/18.A) die Überstellung einer Schwangeren nach Italien untersagte, weil nach der Gesetzesänderung nicht mehr ohne konkrete individuelle Zusicherung davon ausgegangen werden könne, dass die schwangere Frau in Italien ausreichend und menschenwürdig untergebracht und versorgt würde (bitte ausführen)?
27. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann gedenkt die Bundesregierung das Urteil des EuGH vom 12. April 2018 – C-550/16, dass unbegleitete Flüchtlinge mit Flüchtlingseigenschaft, die zum Zeitpunkt der Asylantragstellung minderjährig waren, ihr Recht auf Elternnachzug behalten, auch wenn sie vor Einreise der Eltern volljährig werden, in deutsches Recht umzusetzen, und wie rechtfertigt sie, dass derzeit trotz des Urteils weiterhin Anträge auf Familienzusammenführung abgelehnt werden, wenn die unbegleiteten Minderjährigen im Laufe des Verfahrens volljährig werden (www.nds-fluerat.org/35712/aktuelles/immer-nur-dann-eu-wenn-es-in-die-politische-agenda-passt-deutschland-ignoriert-das-urteil-des-eugh-zum-elternnachzug/)?

28. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche strafrechtlichen und disziplinarischen Ermittlungen wegen des Verdachts strafbarer Verletzung von Dienstgeheimnissen hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) inzwischen veranlasst gegen den Ex-Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Dr. Hans-Georg Maaßen, der – entgegen § 3 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2, § 14 Absatz 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und laut BMI entgegen „gängiger Praxis“ (www.sz.de vom 22. August 2018) – dem „konkreten Anliegen“ des Abgeordneten Dr. Alexander Gauland um „Klärung“ entsprach, ob ein bestimmter AfD-Politiker „Einflussagent der Russen“ sei, „nach einer gewissen Prüfung“ der amtlichen Erkenntnisse des BfV verneinte (www.faz.net vom 11. August 2018, www.zeit.de vom 11. September 2018), und in wie vielen Fällen gebrauchte Dr. Hans-Georg Maaßen seine angebliche (laut BfV bestehende) „Befugnis, Verschlussachen aus eigener Kompetenz herabzustufen“ und sodann solche amtlichen Informationen beziehungsweise Dokumente an BfV-externe Personen herauszugeben (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 6. September 2018)?
29. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen 14 Bundespolitikern hat der Ex-Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Dr. Hans-Georg Maaßen, zuletzt während seiner Amtszeit (vom BfV bisher als vertraulich erklärte) Gespräche geführt, und welchen genauen Inhalt hatten diese Gespräche, darunter Dr. Hans-Georg Maaßens Gespräche mit AfD-Politikern, worüber nach dem am 4. Dezember 2018 veröffentlichten Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln – Az. 6 L 1932/18 – das BfV nun informieren muss (siehe dazu DER TAGESSPIEGEL vom 5. Dezember 2018)?
30. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche über die bisherigen deutschsprachigen Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu dem mutmaßlich auch von einem hiesigen Ort ausgehenden Hackerangriff auf den französischen Baukonzern Ingérop (vgl. betreffende Berichte des NDR und der Süddeutschen Zeitung vom 1. und 2. November 2018), und von welchen konkreten Atomanlagen außer dem designierten Endlagerkomplex Cigéo in Bure wurden dabei nach ihren Erkenntnissen Daten erbeutet?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung genutzt, um darauf zu drängen, dass die türkische Regierung das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Freilassung des Ko-Vorsitzenden der pro-kurdischen Partei HDP Selahattin Demirtaş umsetzt, der seit zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzt, was das Gericht in Strasbourg als „unrechtmäßigen Eingriff in die freie Meinungsäußerung des Volkes“ verurteilt und die Verurteilung demnach dem Ziel dient, „den Pluralismus zu ersticken und die Freiheit der politischen Debatte zu begrenzen“ („U-Haft von Kurdenpolitiker Selahattin Demirtaş in der Türkei unrechtmäßig“, www.spiegel.de vom 22. November 2018), wozu jedoch ein türkisches Berufungsgericht eine andere Haltung vertritt und die Verurteilung von Selahattin Demirtaş bekräftigt („Türkisches Gericht bestätigt Urteil gegen Selahattin Demirtaş“, www.zeit.de vom 4. Dezember 2018), und welche weiteren Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um für die Durchsetzung des vom EGMR gesprochenen Rechts zu sorgen?
32. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter humanitären und menschenrechtlichen Gesichtspunkten die Verlegung des ehemaligen ecuadorianischen Vizepräsidenten und deutschen Staatsbürgers Jorge Glas in ein Gefängnis rund 70 Kilometer außerhalb der Hauptstadt Quito, und sieht sie die Notwendigkeit, Jorge Glas angesichts seiner deutschen Staatsangehörigkeit Beistand zu leisten (<https://amerika21.de/2018/11/218175/ecuador-ex-vizepraesident-hungerstreik>)?
33. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung die Evaluierung (Antwort des Auswärtigen Amts auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/6321) des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten nach § 36a AufenthG im Hinblick auf die Übertragung des nicht ausgeschöpften Kontingents von 5 000 Personen aus 2018 nach 2019 auszugestalten?

34. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Was hat die Bundesregierung bisher auf diplomatischem Wege unternommen, um die Beförderung israelischer Staatsbürger durch Kuwait Airways von deutschen Flughäfen wieder zu ermöglichen (www.n-tv.de/panorama/Israeli-zu-Recht-von-Airline-abgewiesen-article20639931.html)?
35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass sich der Vorfall zwischen Russland und der Ukraine Ende November 2018, bei der drei ukrainische Marineschiffe beschossen und aufgebracht, sechs ukrainische Marinesoldaten verletzt und 24 Marinesoldaten durch Russland inhaftiert worden sein sollen (AFP vom 6. Dezember 2018) im Schwarzen und nicht im Asowschen Meer ereignet hat – und zwar an einem Ort, der bereits vor der Angliederung der Krim an Russland im Jahr 2014 im russischen Hoheitsgewässer lag, das als solches von der Ukraine sowie der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurde –, und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlichen) zu, dass sich der Vorfall ereignete, nachdem die ukrainischen Schiffe Russland nicht vorab über ihren Kurs informiert und auch auf keinen Kontaktversuch reagiert haben, so dass dieses Verhalten der ukrainischen Marineschiffe im Schwarzen Meer eine gefährliche Eskalation durch eine provokative Handlung darstellt (dpa vom 7. Dezember 2018)?
36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass die USA nicht erst seit den gestrigen Äußerungen des US-Botschafters im Kosovo, Philip Kosnett, der die Entwicklung der für Katastrophenfälle vorgesehenen Kosovo Security Force (KSF) hin zu einer regulären Armee (Kosovo Armed Forces, KAF) als „positiven Schritt“ bezeichnete (AFP vom 7. Dezember 2018), sondern bereits nach dem letzten Besuch des kosovarischen Präsidenten Hashim Thaçi und Premierminister Ramush Haradinaj in den USA und dem Treffen mit US-Verteidigungsminister James Mattis Ende September 2018, dass Kosovo die Zustimmung der amerikanischen Regierung zur Transformation der KSF in eine reguläre Armee ohne Verfassungsänderung bekommen hat (www.dw.com/de/der-kosovo-bekommt-eine-eigene-armee/a-45958097), und trifft es zu, dass es unter den westlichen Partnern wie Deutschland für die Gründung der KAF Zustimmung gebe, wie der Parlamentspräsident des Kosovo, Kadri

Veseli, nach einem Treffen mit seinem Amtskollegen Dr. Wolfgang Schäuble in Berlin behauptete (www.dw.com/de/der-kosovo-bekommt-eine-eigene-armee/a-45958097)?

37. Abgeordnete

Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die menschenrechtliche Situation der katalanischen Häftlinge, die seit vielen Monaten in Untersuchungshaft in Spanien sitzen (www.heise.de/tp/features/Jordis-ein-Jahr-in-Haft-Amnestie-International-fordert-sofortige-Freiheit-4192755.html?seite=all), und werden die völkerrechtlich verbürgten Menschenrechte der Häftlinge eingehalten?

38. Abgeordnete

Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Forderung von Amnesty International, die katalanischen Häftlinge, die seit vielen Monaten in Untersuchungshaft in Spanien sind, umgehend frei zu lassen, da es keine Rechtfertigung für die Untersuchungshaft gebe und der Strafvorwurf der „Rebellion“ unbegründet sei, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihr Handeln daraus?

39. Abgeordneter

Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Maßnahmen gegen die von der VN-Sonderberichterstatterin für angemessenen Wohnraum bei ihrem Besuch im Land befragten Menschen (vgl. <https://ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23971&LangID=E>) für ihre Zusammenarbeit mit der ägyptischen Regierung, und inwiefern vertraut sie vor diesem Hintergrund weiter den menschenrechtlichen Zusicherungen der ägyptischen Regierung in anderen Feldern wie der Sicherheitskooperation (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/1812)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

40. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern erachtet die Bundesregierung den Umstand, dass Tochterfirmen von Rheinmetall in Italien und Südafrika weiter Munition nach Saudi-Arabien liefern (vgl. www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/rheinmetall-ruestungsexporte-saudi-arabien-102.html) für kompatibel mit dem von ihr verhängten Rüstungsexportstopp an das Land?
41. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung das Handelsabkommen mit dem südamerikanischen Mercosur nach Abschluss der Verhandlungen im Rat der EU ablehnen, falls Brasilien aus dem Pariser Klimaabkommen austritt, oder vertritt die Bundesregierung in dieser Frage eine andere Position als der französische Präsident Emmanuel Macron, der angekündigt hat, dass Frankreich dem Mercosur-Abkommen nicht zustimmen wird, wenn Brasilien das Pariser Klimaabkommen verlässt (www.enractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/macron-droht-handelsabkommen-mit-mercotur-kann-wegen-klimafragen-scheitern/?utm_source=EURACTIV&utm_campaign=27175340aa-RSS_EMAIL_DE_FinanzenUndWirtschaft&utm_medium=email&utm_term=0_c59e2fd7a9-27175340aa-114368667)?
42. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welche Aufwands- oder sonstigen Entschädigungen oder Leistungen erhalten die vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, und welche Personalressourcen stehen den vier Vorsitzenden während ihrer Tätigkeit in der Kommission zur Verfügung?
43. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung bei den Verhandlungen zwischen dem Europäischen Ministerrat und dem Europäischen Parlament zur Verordnung zum Strombinnenmarkt bezüglich der Grenzwerte für CO₂ pro Kilowattstunde, und welche weiteren Positionen der Mitgliedstaaten (bitte einzeln nach Ländern mit der entsprechenden [Grenzwert]-Position aufschlüsseln) gibt es?

44. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mittel hat der Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA) seit 2010 aus dem Bundeshaushalt erhalten, und für was hat er diese erhalten?
45. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung bis wann nach dem erneuten Testurteil der Stiftung Warentest vom 6. Dezember 2018 („Kindersicherheit: Jedes vierte Produkt für Kinder ist mangelhaft“, www.test.de/Kindersicherheit-Jedes-vierte-Produkt-fuer-Kinder-ist-mangelhaft-5407183-0/), um die IT- und Produktsicherheit smarter Spielzeuge zu verbessern?
46. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe von Wirtschaftsförderungen des Bundes an die Alb-Gold Teigwaren GmbH für den Zeitraum von 1998 bis 2018 (bitte jährlich ausweisen)?
47. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe von Wirtschaftsförderungen des Bundes an die Teigwaren Riesa GmbH für den Zeitraum von 1998 bis 2018 (bitte jährlich ausweisen)?
48. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um die Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte auszurichten, und welche konkreten Mechanismen wurden etabliert, um Unternehmen, die die Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung in Anspruch nehmen, dazu zu verpflichten, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte einzuhalten bzw. voranzutreiben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

49. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung über die derzeitigen Erstattungsrechte bei Zugverspätungen hinaus weitere Lösungsansätze, wie Bahnkunden in Zukunft schnellere und vor allem angemessene Entschädigungen eingeräumt werden sollen, und wie positioniert sich die Bundesregierung zu den derzeit diskutierten Anpassungen der seit 2009 geltenden europäischen Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

50. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele geringfügig entlohnte Beschäftigte waren jeweils in den Jahren 2005, 2010, 2012, 2015 und 2017 als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter tätig (bitte auch den prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter angeben sowie zusätzlich nach ausschließlich und im Nebenjob unterscheiden)?
51. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte waren jeweils in den Jahren 2005, 2010, 2012, 2015 und 2017 als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter tätig (bitte auch den prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter angeben)?
52. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wer ist innerhalb der Bundesregierung bzw. innerhalb des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) dafür verantwortlich (bitte entsprechende Verfahrensabläufe, Prüfverfahren, Abstimmungsprozesse und Entscheidungen mit Datum nennen), dass entgegen der Regelung nach § 3 Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) zuletzt keine Anpassung der Grundleistungen nach dem AsylbLG vorgenommen wurden und auch keine Bekanntgabe der Bedarfssätze nach § 3 Absatz 4 Satz 3 AsylbLG durch das BMAS

erfolgt ist, und was werden die Bundesregierung bzw. das BMAS vor dem Hintergrund des Urteils des Sozialgerichts Stade vom 13. November 2018 (5 19 AY 15/18), das von einer kraft Gesetzes vorzunehmenden Leistungsanpassung auch ohne Bekanntgabe aktueller Bedarfssätze durch das BMAS ausgeht, unternehmen, damit Betroffene keine Einschränkungen beim verfassungsrechtlich geschützten menschenwürdigen Existenzminimum hinnehmen müssen und ihre Ansprüche ggf. auch rückwirkend geltend machen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wann wird die Bundeswehr ihren Stützpunkt für die Stationierung der anfangs unbewaffneten deutschen Kampfdrohnen „Heron TP“ auf dem israelischen Luftwaffenstützpunkt Tel Nof beziehen, um mit der Ausbildung von Pilotinnen und Piloten sowie Nutzlastoperatorinnen und -operatoren zu beginnen, und welchen offiziellen Status wird die Anlage gemäß dem Regierungsvertrag mit Israel erhalten, da die Drohnen der Bundeswehr dort nach meiner Kenntnis mit deutschem Hoheitszeichen fliegen und die Basis, auf der nach meiner Kenntnis auch israelische Atomwaffen gelagert werden, meiner Meinung nach jederzeit von Abgeordneten des Deutschen Bundestages besucht werden können müssten?

54. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)

Warum hat die Regierungsmaschine der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weg zum G20-Gipfel nach Buenos Aires nicht einen Teil des Kerosins vor der Zwischenlandung in Köln abgelassen, um das Landegewicht zu reduzieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

55. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung die Entscheidung der EU-Kommission, den Abverkauf von mit lebenden gentechnisch veränderten Bakterien verunreinigten Futtermittel bis April 2019 zu gestatten, obwohl laut der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit Risiken für Mensch und Umwelt durch den Vitaminzusatz mit lebenden gentechnisch veränderten Organismen bestehen (vgl. www.spiegel.de/wissenschaft/natur/efsa-warnt-vor-tierfutter-mit-antibiotikaresistenten-bakterien-a-1241372.html), und wenn ja, warum?
56. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die bereits beantragte und weitere Ausnahmen vom beschlossenen EU-Freilandverbot für drei Neonicotinoide (Notfallzulassungen) für den Zuckerrübenanbau (siehe www.topagrar.com/acker/news/rueben-ausnahmegenehmigung-fuer-neonics-10120663.html) zu verhindern, vor dem Hintergrund, dass die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner im April 2018 selbst auf die Risiken eines Einsatzes von Neonicotinoiden im Zuckerrübenanbau hingewiesen hat (siehe www.deutschlandfunk.de/eu-abstimmung-ueber-verbot-von-neonicotinoiden-wir-werden.694.de.html?dram:article_id=416088), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung hinsichtlich der verstärkten Erforschung von nicht chemischen Alternativen zu Neonicotinoiden insbesondere im Zucker- und Rapsanbau?
57. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche politischen und wirtschaftlichen Gründe lassen Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union im Europäischen Rat der Annahme des Beschlusses des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko zustimmen und das Europäische Parlament um Zustimmung erbeten angesichts der Tatsache, dass ein Abschluss des vorgelegten Abkommens das Urteil des Europäischen

Gerichtshofs vom 27. Februar 2018 (C-266/16) bezüglich des Status der Westsahara nach meiner Auffassung nicht zur Geltung kommen lässt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

58. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen sieht das neue Konzept der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Franziska Giffey für ein Jugendfreiwilligenjahr vor, um die Arbeitsmarktnutralität in den Freiwilligendiensten besser zu kontrollieren?
59. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Sieht das Konzept eine Veränderung bezüglich der Anrechnung des Taschengelds auf Sozialleistungen und die Abschaffung der Berücksichtigung des Taschengelds bei der Berechnung der Höhe der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

60. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonthier
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse hatten nach Kenntnis der Bundesregierung das 40. und 41. Treffen des ECDD (Expert Committee on Drug Dependence) der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die im Juni und November 2018 stattgefunden haben und eine Bewertung von Cannabis zum Inhalt hatten (vgl. www.who.int/medicines/access/controlled-substances/Website40thECDDagenda.pdf?ua=1 und www.who.int/medicines/access/controlled-substances/Provisional_41stECDDagenda.pdf?ua=1), und wie hat sich die Bundesregierung in diesen Bewertungsprozess eingebracht?

61. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des ECDD (Expert Committee on Drug Dependence) der WHO, dass Cannabis nicht die gleichen gesundheitlichen Auswirkungen wie andere Substanzen hat, die unter die Liste IV des Einheitsübereinkommens von 1961 über Suchstoffe fallen (vgl. www.who.int/medicines/access/controlled-substances/UNSG_SignedDGletter.pdf?ua=1), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser Einschätzung des ECDD?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

62. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem anhaltenden Niedrigwasser für die Schifffahrt, damit die Auswirkungen in Zukunft weniger gravierend für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind?
63. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war das gesamte Auftragsvolumen der im Rahmen der Verhandlungen zum Abschluss von Tarifverträgen für die Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit der Roland Berger GmbH sowie mit Rechtsanwalt Werner Bayreuther und Ulrich Weber, ehemaliger Personalvorstand der Deutschen Bahn AG, geschlossenen Beraterverträge (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 15, Plenarprotokoll 19/57, S. 6305)?
64. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche vertraglichen Vereinbarungen hat die Bundesregierung im Zuge der Vergaben der „Kontrolle“ und der „Erhebung“ der Infrastrukturabgabe/Pkw-Maut mit den jeweiligen Vertragspartnern für den Fall getroffen, dass die Infrastrukturabgabe/Pkw-Maut nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt (beispielsweise dem 31. Dezember 2020 oder dem 31. Dezember 2021) eingeführt wurde, und inwiefern können die Unternehmen in einem

solchen Fall auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen Schadensersatz gegen den Bund geltend machen?

65. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung die im Verordnungsentwurf zu den Elektrokleinstfahrzeugen vorgesehene Führerscheinplicht für maximal 20 km/h schnelle Elektrokleinstfahrzeuge in Anbetracht der Tatsache, dass für teilweise höhere Geschwindigkeiten fahrende Fahrräder kein Führerschein notwendig ist, und worin liegt der Unterschied von einerseits Pedelecs und andererseits Elektrokleinstfahrzeugen des Typs, bei dem immer wieder durch Abstoßen mit dem Fuß vom Boden das Fahrzeug in Schwung gebracht werden muss, um die elektrische Unterstützung aufrechtzuerhalten (beide Fahrzeuge benötigen für die elektrische Unterstützung eine Muskelunterstützung und noch dazu soll die elektrische Unterstützung des Kleinstfahrzeugs auf 20 km/h und damit auf eine geringere Geschwindigkeit als das Pedelec begrenzt werden, während für das Elektrokleinstfahrzeug dieses Typs der Mofaführerschein und eine Versicherung vorgeschrieben werden sollen)?

66. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wurden die Anträge des 3. Calls beim Förderprogramm „Digitalisierung des Verkehrs“ im Rahmen des „Sofortprogramm Saubere Luft“ bereits entschieden, und falls ja, wie hoch ist die gesamte beschiedene Fördersumme?

67. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Unternehmen können sich für die Förderungen durch das „Sofortprogramm Saubere Luft“ bewerben, und was soll, nach Auffassung der Bundesregierung, mit Fahrzeugen solcher Unternehmen passieren, die nicht am „Sofortprogramm Saubere Luft“ teilnehmen können, aber dennoch einen wesentlichen Teil des städtischen öffentlichen Personennahverkehrs ausmachen und möglicherweise von Fahrverboten betroffen sein werden?

68. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse hat die Arbeitsgruppe 1 der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität bereits erarbeitet, und welche Maßnahmen für mehr Klimaschutz im Verkehrssektor aus dieser Arbeitsgruppe werden, wie angekündigt, an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit weitergeleitet (www.dvz.de/rubriken/politik/detail/news/nationale-plattform-zukunft-der-mobilitaet-geht-an-den-start.html)?